

Niedersächsischer Landtag

Sitzung: 24. Februar 2005

(Seite 1)

Tagesordnungspunkt 19:

Zweite Beratung:

Arbeitsbedingungen der Frauenbeauftragten nicht verschlechtern - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/1618 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport - Drs. 15/1694

Die Beschlussempfehlung lautet auf Ablehnung. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen. Die Kollegin Groskurt hat das Wort.

Ulla Groskurt (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zu Beginn meiner Rede möchte ich einmal deutlich machen, welch' verkehrte Welt hier im Parlament herrscht. Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, wollen allen Ernstes - aber tatsächlich kann das nicht Ihr Ernst sein - einen Antrag mit dem Titel „Arbeitsbedingungen der Frauenbeauftragten nicht verschlechtern“ ablehnen.

(Zuruf von der CDU: Der Titel allein reicht nicht!)

Damit sagen Sie doch eindeutig und unmissverständlich, dass Sie die Arbeitsbedingungen der Frauenbeauftragten verschlechtern wollen.

(Beifall bei der SPD - Reinhold Coenen [CDU]: Das ist eine böswillige Unterstellung!)

Dass Sie das inzwischen zugeben, kann ich mir nur damit erklären, dass Sie selbst eingesehen haben, dass Sie mit Ihrem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des niedersächsischen Kommunalverfassungsrechts auf dem falschen Weg sind. Ich habe allerdings die Hoffnung aufgegeben, dass diese Erkenntnis zu einem Sinneswandel führt, sondern ich befürchte, dass Sie weiterhin uneinsichtig an Ihrem Gesetzentwurf festhalten. Dabei könnten Sie sich diese Arbeit wirklich sparen.

Außer der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens hat sich niemand positiv über die Novellierung des § 5 a geäußert. Ich stelle mir die besorgte Frage: Bestimmen die kommunalen Spitzenverbände, dominiert

von Männern, jetzt die Politik in diesem Land?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die sind aber nicht von den Bürgerinnen und Bürgern in dieses Parlament gewählt worden.

Aktuell konnte ich dazu in der letzten Woche in der *Süddeutschen Zeitung* lesen:

„Soziologen beobachten bei Männern aller Schichten einen wachsenden Widerstand gegen allzu ausgeprägtes Verständnis für das andere Geschlecht.“

Ein praktisches und deutliches Beispiel für diese Theorie hat gerade der Landkreis Cuxhaven geliefert. In der Kreistagssitzung hat sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Enak Ferlemann zu dem Zwischenruf erdreistet, die Frauenbeauftragte brauche nicht nur rumzusitzen, sondern könne auch mal arbeiten.

(Heidrun Merk [SPD]: Eine Unverschämtheit!)

Das ist ein Schlag ins Gesicht der engagierten Frauenbeauftragten.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was diesen Zwischenruf wirklich gefährlich macht, liebe Kolleginnen, ist das Verhalten des in der Sitzung anwesenden Fraktionsvorsitzenden der CDU. Ich zitiere aus dem *Sonntagsjournal* vom 13. Februar 2005:

„David McAllister, auch Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, sagt kein Wort dazu.“

(David McAllister [CDU]: Was lesen Sie alles? - Gegenruf von Sigmar Gabriel [SPD]: Du hast wahrscheinlich Glück gehabt, dass du nichts gesagt hast!)

Das wiederum verschlägt mir die Sprache, und ich

Niedersächsischer Landtag

Sitzung: 24. Februar 2005

(Seite 2)

glaube, nicht nur mir, sondern allen Frauen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - David McAllister [CDU]:
Ich habe doch nichts gesagt!)

- Eben drum! Dass der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion dieses diskriminierende Verhalten duldet, verschlägt einem wirklich die Sprache.

(Beifall bei der SPD)

Sie lassen es zu, Herr McAllister, dass ein CDU-Kollege davon redet, dass Frauenbeauftragte nur rumsitzen und endlich mal arbeiten sollten. Dazu sagen Sie kein Wort.

(Zurufe von der CDU)

Das trägt im Landkreis Cuxhaven dazu bei, dass der Frauenbeauftragtenstelle der Garaus gemacht wird, obwohl dort große Erfolge erzielt wurden. Die Gleichstellungsbeauftragte fungiert zusätzlich zu den ihr obliegenden Aufgaben als Motivationsquelle und Ansprechpartnerin für zahlreiche ehrenamtliche Helfer in der Region. Hier entstehen Schäden, die am Ende Mehrkosten verursachen, z. B. wenn ehrenamtliche Arbeit aus Frustgründen wegbricht.

Bis zu diesem Zeitungsartikel war ich noch eine optimistische und positiv denkende Frau, die zwar weiß, dass das Zeitalter der Geschlechtergerechtigkeit so schnell noch nicht erreicht wird, dass wir aber auf dem Weg sind. Aber dieser Weg scheint wegzubrechen, wenn dieses Chauvi-Verhalten vom Landtag und von der Landesregierung auch noch unterstützt wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Heute haben wir noch das Instrument des niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes. Ich will nicht wieder Ihre Internetseiten zitieren, weil ich glaube, dass die meisten von Ihnen sie noch in Erinnerung haben; der CDU-Bundestagsabgeordnete und Herr McAllister aber offensichtlich nicht. Dort steht:

„Die Institutionalisierung der Frauenpolitik durch die gesetzlich vorgeschriebene Einstellung der Frauenbeauftragten ist notwendig.“

(David McAllister [CDU]: Frau Groskurt, es ist doch absurd, was Sie da machen!)

„um den Interessen von Frauen in Ihrem unmittelbaren Lebensbereich Geltung zu verschaffen und dem Auftrag unserer Verfassung, tatsächliche Gleichberechtigung herzustellen, gerecht zu werden.“

Haben Sie, sehr geehrte Damen und Herren von CDU und FDP, schon einmal darüber nachgedacht, wer demnächst darauf achten wird? Nach meinen vorherigen Ausführungen brauchen Sie nicht lange nachzudenken. Die Antwort ist ganz einfach: Niemand. Glauben Sie wirklich noch, verehrte Kolleginnen, es reicht, an den guten Willen der entscheidenden Männer zu appellieren, Frauen in den Chefetagen mitregieren zu lassen? Das ist aussichtloser, als einem Kleinkind zu erklären, es müsse sein Spielzeug mit anderen teilen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich befürchte, Sie haben den Gedanken nicht zu Ende gedacht, welche Auswirkungen es haben wird, wenn die Frauenbeauftragten nicht mehr verpflichtend eingestellt werden müssen. Wer fordert die gleichberechtigte Beschäftigung von Frauen? Wer fordert den Schutz vor sexuellen Belästigungen am Arbeitsplatz? - Die Frauenbeauftragte! Wichtigste Forderung muss sein, Frauen einen eigenständigen Lebensentwurf zu erleichtern. Und dazu brauchen wir Frauenbeauftragte.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, glauben Sie mir: Gleichberechtigung ist erst dann erreicht, wenn Männer so leben wollen, wie Frauen heute schon leben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn wir da angekommen sind, dann können wir uns gern noch einmal über die Notwendigkeit von Frauenbeauftragten unterhalten. Aber bitte auf einer fairen, gleichberechtigten Ebene! - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)